

Die Situation in der Türkei

Von Prof. Dr. Christian Rumpf

18.10.2019

Zusammenfassung.....	- 2 -
Einführung	- 2 -
Referendum 2017 und Wahl 2018: Falsch abgegeben?.....	- 2 -
Versäumnisse der EU	- 4 -
Neue Position der Türkei?	- 4 -
Eine neue Situation.....	- 5 -
Putsch mit Putsch niedergeschlagen?.....	- 5 -
Information und Desinformation	- 5 -
Erdoğan und Gülen: Ein gefährlicher Konflikt	- 5 -
Fakten.....	- 6 -
Folgen für Bürokratie und Justiz.....	- 6 -
Ausländische Investitionen – im Risiko?	- 6 -
Die AKP und Gülen.....	- 7 -
Entwicklung der AKP	- 7 -
Die AKP als Plattform für Gülen	- 8 -
Der notwendige Bruch.....	- 9 -
Gülen’s Angriff auf die Vernetzung von Politik und Bürokratie	- 9 -
Reaktion des AKP-Establishments	- 10 -
Der Putsch v. 15.7.2016.....	- 11 -
Die Frage der Urheberschaft	- 11 -
Die Rolle des Militärs.....	- 11 -
Die Säuberungen	- 12 -
Gefahr für den Rechtsstaat.....	- 14 -
Willfähige Justiz?.....	- 14 -
Überforderte Strafjustiz?	- 15 -
Inkompetente Strafjustiz?	- 15 -
Gülen-Bewegung – eine „terroristische“ Vereinigung im Rechtssinne?	- 15 -
Missbrauch des Notstandsrechts	- 16 -
Das Ende der Pressefreiheit	- 17 -
Die Rolle des Verfassungsgerichts.....	- 17 -
Recep Tayyip Erdoğan – der Präsident	- 19 -
Europa: Reaktionen und Versagen	- 20 -

Ausblick: Ohne Partnerschaft geht es nicht..... - 22 -
Links und Hinweise - 23 -

Zusammenfassung

Am 15.7.2016 fand ein Putsch in der Türkei statt. Organisation und Ablauf waren dilettantisch, miserabel organisiert, planlos. Erstmals in der Geschichte der Republik forderte eine solche Aktion, die offenbar nur von einem kleinen Teil des Militärs ausging, einen hohen Blutzoll. Sieger war am Ende Präsident Erdoğan, der im Anschluss sein Programm der Eliminierung der Gülen-Bewegung durchziehen konnte.

Die Justiz hat die Aufarbeitung des Vorgangs noch nicht abgeschlossen, Zehntausende sind wegen des Verdachts, die Bewegung aktiv unterstützt zu haben oder Mitglied zu sein, festgenommen, teilweise bereits zu hohen Haftstrafen wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung z langen Haftstrafen verurteilt worden.

Mit der vorgezogenen Parlamentswahl am 24.6.2018 wurde das Feld für die Umsetzung der Verfassungsänderung von 2017 geebnet.

In der Folge zeigte sich, dass die türkische Justiz, insbesondere die Strafjustiz, mit der Situation überfordert war. Die Neuorganisation des türkischen Staates aufgrund der Verfassungsänderung führte zu einer Erosion rechtsstaatlicher Strukturen, das Parlament begann sofort seine Schwäche zu zeigen, die Opposition bleibt völlig wirkungslos. Inhaltliche Opposition betreibt ohnehin nur noch die kurdisch orientierte HDP, obwohl ihre Führungskräfte unter der beständigen Bedrohung durch Festnahmen stehen, soweit sie nicht ohnehin im Gefängnis sitzen.

Ein Sieg der Demokratie ist das neue Verfassungssystem sicherlich nicht. Es entspricht einem Trend, der einige Demokratien dieser Welt erfasst hat (Brasilien, USA, Ungarn, Polen, Großbritannien), in eine Richtung, in welcher der demokratische Rechtsstaat autoritären Strukturen weicht.

Zuletzt kam noch der offensichtlich völkerrechtswidrige Einmarsch türkischer Truppen in Syrien hinzu, der zu einer vollständigen internationalen Isolierung des türkischen Präsidenten der Republik geführt hat, aber dennoch offenbar von einer Mehrheit des türkischen Volkes und bedauerlicherweise vor allem auch den beiden wichtigsten Oppositionsparteien unterstützt wird.

Einführung

Referendum 2017 und Wahl 2018: Falsch abgebogen?

Mit dem Referendum am 16.4.2017 ist wie in Großbritannien durch Volkes Stimme mit hauchdünner Mehrheit eine existenzielle Entscheidung getroffen worden. Anders als in Großbritannien hat dagegen das türkische Volk nicht nur gegen die EU gestimmt, sondern

einen gravierenden Systemwandel abgesehen, der nur sehr schwer rückgängig zu machen sein wird.

Reihen wir die Schritte der letzten 100 Jahre Verfassungsgeschichte auf:

Die [Verfassung von 1924](#) war das Ergebnis einer revolutionären Entwicklung, die sich aber auf eine breite Basis in der Bevölkerung stützen konnte, vom anatolischen Analphabeten über den Hoca oder Scheich bis hin zum Militär und zum städtischen Bürgertum. Dem entsprechend überlebte sie mehr als 35 Jahre, bis ein populistischer Politiker mit kleinbürgerlicher Provenienz die noch feinen Wurzeln der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen zu kappen begann. Er hat es mit dem Leben bezahlt: [Adnan Menderes](#).

Die [Verfassung von 1961](#), immerhin schon durch ein Referendum legitimiert, kam mit einer äußerst knappen Mehrheit zur Welt. Der Kleinbürger fühlte sich verraten, der Stadtbürger zweifelte an der Legitimität einer Verfassung, die einem Militärputsch folgte. Dennoch war diese Verfassung ein Sieg für den demokratischen Rechtsstaat, eine echte Chance für die Republik und das türkische Volk, den Traum Atatürks von einer souveränen und auf dem internationalen Parkett geachteten und starken Türkei zu erfüllen. Dass diese Verfassung scheiterte, lag an der politischen Elite: die fehlende Kultur des politischen Kompromisses und der Übernahme von persönlicher Verantwortung für politisches Handeln hielt das Militär in seiner Position als ausgleichende Kraft. Das meinte, [1971 noch einmal eine Nachbesserung](#) herbeiführen zu müssen - aber auch die blieb in den Grenzen dessen, was in der Europäischen Menschenrechtskonvention und den Prinzipien des Europarats als demokratischer Rechtsstaat verankert ist, zusammen mit dem Sozialstaatsprinzip.

Die [Verfassung von 1982](#) war erneut ein Produkt des Militärs, das sich am 12.9.1980 noch einmal als Hüter des kemalistischen Erbes aufgespielt hatte. Anders als 1960 war es nicht die Diktatur der Parlamentsmehrheit, sondern die Unfähigkeit des Parlaments, stabile Regierungen hervorzubringen, der tiefen Spaltung des Landes in „links“ und „rechts“ wirksam entgegenzutreten. Die Verfassung von 1982 war aber keine „Militärverfassung“. Sie etablierte nicht eine Militärdiktatur, sondern ein ausgewogenes System der „checks and balances“, machte das Parlament handlungsfähig. *Turgut Özal*, gegen den Willen des Militärs durch Volk und Parlament zum Ministerpräsidenten gemacht, konnte auf der Basis dieser Verfassung das Land wirtschaftlich und politisch in alle Richtungen öffnen, einschließlich der Aufweichung der all zu streng praktizierten Prinzipien des Nationalismus und Laizismus.

Die Verfassung von 1982 ist Basis und Ursache für die gewaltigen Fortschritte, die die Türkei seit Mitte der 1980er Jahre in jeder Hinsicht erzielt hat. Sie hat es der AKP ermöglicht, sich 2001 als starke Bewegung aus dem Volk heraus und politische Partei zu etablieren, mit einer starken Regierung das Land über den Status des „Schwellenlandes“ hinauszuführen. Die errungenen Erfolge stehen jetzt auf dem Spiel und werden just durch diese AKP wieder ohne Not gefährdet. So regt sich bereits selbst in der AKP leiser Widerstand gegen die neue Verfassungslage.

Versäumnisse der EU

Die Reaktionen außerhalb der Türkei haben es leider nicht besser gemacht. Der letzte [Kommissionsbericht der EU](#) bzw. der [Länderbericht 2018 des EU-Parlaments zur Türkei](#) sind erwartungsgemäß schlecht ausgefallen. Das ist konsequent, verschleiert aber die Ursachen. Es ist zwar richtig, dass die EU auch mit den eigenen Mitgliedstaaten ins Gericht geht, wenn sie ihre Grundlagen verraten sieht, wie etwa im Hinblick auf Polen und Ungarn. Die türkische Situation ist - von der Warte des Verfassungsrechtlers aus gesehen - durchaus ähnlich.

Dennoch ist die Situation allein deshalb anders, weil die Situation nicht in ein bestehendes Mitgliedschaftsverhältnis einbricht, sondern in einen sensiblen Annäherungsprozess.

Erneut fehlen selbstkritische Töne seitens der EU, eine ernst zu nehmende Türkeipolitik, zumal aus Brüssel, ist weiterhin nicht feststellbar.

Neue Position der Türkei?

Präsident Erdoğan entspricht einem neuen "mainstream", in dem Politiker die Bühne der Weltpolitik betreten, deren bisherige Regeln sie nicht mehr anerkennen. Die Muster gleichen sich: neue, meist verzerrte Geschichtsbilder, die Behauptung, mit der Machtkonzentration auf die eigene Person würde alles besser, eine Symbolik, die an Ludwig XIV. von Frankreich erinnert. Der Präsident hat seine Berater offenbar fest im Griff oder redet, wie er sich Dinge und Menschen vorstellt. Er beleidigt nach Belieben, lässt seine Kritiker als Beleidiger verfolgen.

Seine Versuche, außenpolitisch Fuß zu fassen und die Türkei als internationalen Machtfaktor zur Geltung zu bringen, sind bislang gescheitert. Die Russen freuen sich darüber, dass die Türkei ihre Raketen kauft, die Amerikaner ärgern sich. In der Nahostpolitik gibt es aber auch wieder Probleme mit beiden.

Durch den Einmarsch in Syrien, unter dem Vorwand, den Terror bekämpfen zu wollen, konnte der Präsident zwar im Volk wieder etwas stärker Fuß fassen, nachdem ihm die beiden wichtigsten Großstädte, Ankara und Istanbul, in den Kommunalwahlen verloren gegangen waren. Dafür hat er sich jedoch endgültig isoliert - er hat jetzt die Russen, Amerikaner, Kurden und Assad als Gegner, die „Freundschaft“ mit dem Iran ist, angesichts der amerikanischen Sanktionen gegen den Iran, brüchig. Israel und die Palästinenser sind sich erstmals in der Geschichte einig - in der Kritik am Syrien-Abenteuer der Türken.

Statt die Türkei international „groß“ zu machen, hat der türkische Präsident erst einmal alles Porzellan zertrümmert, das er in seiner Reichweite fand.

Zudem ist die türkische Wirtschaft an die Wand gefahren, niemand glaubt mehr den Statistiken des türkischen staatlichen Statistikamts, das immer noch Wirtschaftswachstum und eine sinkende Inflation anzeigt. Das Vertrauen internationaler Investoren ist weg - oder es baut eben gerade auf der Schwäche der türkischen Wirtschaft auf.

Eine neue Situation

Putsch mit Putsch niedergeschlagen?

Die Entwicklungen seit dem 15.7.2016 haben eine Lage aufgezeigt, wie sie die Türkei noch nie erlebt hat. Auch sonst dürfte es in Europa kaum ein Land geben, das in den letzten hundert Jahren eine ähnliche Situation zu bewältigen hatte. Selbst der kläglich gescheiterte Putsch hat mit den bisherigen Putsch-Erfahrungen der Türkei nichts gemein, noch weniger die zivile Reaktion hierauf, die alle Maße zu sprengen scheint. Nicht umsonst ist hier die Merkwürdigkeit festzustellen, dass der Putsch einiger weniger Militärs niedergeschlagen worden ist, seine Wirkung aber in demjenigen Regime fort dauert und sich noch verstärkt, das vermeintlich durch einige mutige Demokraten gerettet worden ist. Der Putsch war so lächerlich angelegt, dass Zweifel daran berechtigt bleiben, dass da jemand tatsächlich versucht hat, die Macht zu ergreifen. Was heute daraus gemacht wird, nämlich die heldenhafte und opfervolle Rettung der Türkei durch aufrechte Demokraten, steht in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die tatsächlich von diesem Putschversuch ausgegangen ist.

Information und Desinformation

Die Desinformation war in den ersten Wochen nach dem Putschversuch v. 15.7.2016 das alltägliche Brot des europäischen TV- und Medienbürgers. Wir möchten das hier nicht vertiefen. Zwischenzeitlich hat es der türkische Präsident geschafft, die regierungskritische Presse weitgehend mundtot zu machen.

Dies hat zur natürlichen Folge, dass Meldungen aus der Türkei, sei es zur Wirtschaft, sei es zu Vorgängen im Lande, sei es zur Syrienpolitik, außerhalb der türkischen Grenzen nicht mehr geglaubt wird. Auch die Opposition ist nicht in der Lage, diese Situation zu ändern.

Erdoğan und Gülen: Ein gefährlicher Konflikt

Vorausgeschickt sei, dass die Gülen-Bewegung tatsächlich als eine Bewegung zu sehen ist, die wie seinerzeit die *Illuminati* es darauf anlegt, den Staat krakenartig in den Griff zu bekommen und mit den eigenen ideologischen Vorstellungen zu beglücken, ohne auch politische Verantwortung zu übernehmen. Die AKP hat zunächst davon profitiert. Seit 2012 entzweiten sich die sichtbare Politik und die zwar bekannte, aber dennoch praktisch unsichtbare Bewegung, der es gelungen war, mehrere Hunderttausend Anhänger in alle denkbaren Positionen in Staat, Militär und Wirtschaft zu bringen.

Die Säuberungen nach dem Putschversuch haben seither unvorstellbare Dimensionen erreicht. Erfasst wurden und werden noch immer Tausende von Menschen, bei denen kaum nachvollziehbar ist, worin eigentlich ihr Verhältnis zu Herrn Gülen bestehen soll, abgesehen davon, dass sie vielleicht ein Bankkonto bei der falschen Bank (Bank Avrasya) hatten oder das diskrete Messenger-System „ByLock“ benutzt haben, das tatsächlich auch als Kommunikationsplattform der Bewegung benutzt worden zu sein scheint, so jedenfalls die Feststellungen der Gerichte. Unklar scheint noch, wie die Gerichte darauf kommen, die vielen Gülen-Anhänger könnten tatsächlich die Organisation als „Terror-Organisation“ verstanden haben, also tatsächlich einen entsprechenden Vorsatz gehabt haben.

Journalisten werden verfolgt, weil sie angeblich die Gülen-Bewegung unterstützen; den Mitarbeitern der Cumhuriyet wird sogar die Unterstützung gleich zweier völlig unterschiedlicher Organisationen vorgeworfen, nämlich PKK und Fethullah Gülen - ein typisches Duo, wenn es darum geht, kritische Stimmen strafrechtlich zu erfassen. Die Strafurteile, die inzwischen herausgekommen sind - darunter auch eines gegen die Istanbuler CHP-Vorsitzende Canan Kaftancıoğlu - erscheinen dem ausgebildeten Juristen absurd und vor dem Hintergrund eines demokratischen Rechtsstaates nicht nachvollziehbar.

Der Konflikt zwischen den alten Freunden Erdoğan und Gülen gefährdet die zivilisatorischen Errungenschaften, die schon die letzten osmanischen Sultane aus guten Gründen zu übernehmen gesucht hatten.

Fakten

Jeden Tag - auch heute - wird von neuen Festnahmen berichtet, die meist auch in Verhaftungen enden. Die zwischenzeitlichen Haftentlassungen oder gar Freisprüche sind eher die Ausnahme, sollten aber nicht unbeachtet bleiben.

Die Zahlen sind kaum noch wiederzugeben, weil sie täglich steigen. Besonders dramatisch ist die Lage derjenigen 100.000 Menschen, welche ohne Angabe von Gründen ohne Rechtsmittel, ohne Pensionsansprüche entlassen und damit dem wirtschaftlichen Tod preisgegeben worden sind; selbst die Ausreise, um im Ausland ihr Brot zu verdienen, wurde ihnen untersagt. Obwohl viele von ihnen in Gerichtsverfahren von jeglichen Vorwürfen (in der Regel „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“) freigesprochen worden sind, bleiben sie rechtswidrig und willkürlich aus dem öffentlichen Dienst ausgesperrt und erhalten als „KHK-Entlassene“ auch in der privaten Wirtschaft kaum einen Job, geschweige denn irgendeine soziale Unterstützung.

Hinzu kommen jetzt noch willkürliche Absetzungen von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern, denen Misswirtschaft oder Opposition gegen das Regime vorgeworfen wird, ohne Rücksicht auf ihre demokratische Legitimation.

Folgen für Bürokratie und Justiz

Die in Bürokratie und Justiz gerissenen Lücken haben sich zwischenzeitlich massiv spürbar gemacht. Vor allem in der Justiz ist ein dramatischer Verfall von Qualität und juristischer Ethik zu verzeichnen. Auch die Bürokratie leidet erheblich unter der Aussortierung hochqualifizierter Mitarbeiter. Gleiches gilt für das Militär, das seinen alten guten Ruf vollständig verloren hat.

Ausländische Investitionen - im Risiko?

Manche deutschen Unternehmer haben ihre Geschäftspartner verloren, obwohl die Unternehmen prinzipiell durch staatliche Sachwalter (*kayyum*) weitergeführt werden. Den deutschen Partnern stehen dann die üblichen Rechte zu, etwa die Beendigung von Verträgen wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage, der Geltung einer change-of-control-Klausel oder gar wegen höherer Gewalt. Auch wenn das Regime jetzt versucht, jegliches juristische Vorgehen Dritter (z.B. von Gläubigern) gegen geschlossene Institutionen (Medien,

Unternehmen etc.) zu verhindern, bleiben vor allem die ausländischen Unternehmen nicht rechtlos. Ggfs. sind sie auf ihren eigenen nationalen Rechtsweg zu verweisen, wenn feststeht, dass ihnen der türkische Rechtsweg verschlossen worden ist. Selbst deutsche Unternehmen können dann betroffen werden, wenn sie - in der Regel dann wohl unbewusst - selbst von Gülen-Anhängern infiltriert worden sind.

Alle anderen Dispositionen (Marken, Firmengründungen, Kooperationen, Lizenzen aus dem Bergbau, dem Energiesektor, Bauwesen etc.) sind von der aktuellen Situation rechtlich nicht betroffen.

Auch wenn wir ausländische Investitionen nicht gefährdet, ja sogar die Möglichkeiten steigen sehen, ist das politische Risiko nicht völlig von der Hand zu weisen. Es gibt aber jedenfalls keine Anhaltspunkte dafür, dass ausländische Unternehmen vor türkischen Gerichten einen schwereren Stand hätten als früher. In einem problematischen Zustand ist vor allem die Strafjustiz, die - aus der Sicht des erfahrenen Juristen - schon immer einen Schwachpunkt des türkischen Justizsystems dargestellt hat.

Die türkische Regierung tut derzeit ungeachtet all dessen alles, um das Investitionsklima weiter zu verbessern (vgl. dazu unsere [Newsletter](#)). Und unschlagbar bleibt die Brückensituation in die jenseits der türkischen Ostgrenze liegenden Regionen.

Die AKP und Gülen

Entwicklung der AKP

Die AKP war ursprünglich eine Sammlungsbewegung aus verschiedenen politischen Richtungen. Soweit sie islamisch orientierte Züge trug, war dies dem Umstand zu verdanken, dass ein großer Teil der ehemaligen Mitglieder der Refah-Partei nicht in die Saadet Partei wechselten sondern in die AKP. Eigentlich verdankt sie ihre Existenz genau derjenigen Verfassungsordnung, deren grundlegenden Veränderung sie 2017 durchgesetzt hat (Kommentar zur Verfassungsänderung [hier](#)). Unter dem Dach der AKP sammelten sich seit 2001 nicht nur gemäßigte Kräfte der alten islamistischen Parteien, sondern auch Anhänger der bürgerlichen und linken Parteien aus dem gesamten politischen Spektrum. Die kemalistische CHP und die nationalistische MHP behaupteten sich nur mühsam und mussten sich noch die Opposition mit der sich hartnäckig am Leben haltenden kurdischen HDP (als Nachfolgepartei einer ganzen Kette von Parteien, die nacheinander verboten wurden) teilen, welche die stärkste Oppositionsfraktion im Parlament bildet(e).

Die AKP hatte also einen pluralistischen Charakter. Sie wurde zum großen Hoffnungsträger, was dann auch maßgeblich den Erfolg der türkischen Politik in jeder Beziehung herbeigeführt hat, zumal es erstmals seit Jahrzehnten einer Partei gelang, ohne Koalitionspartner Regierungsverantwortung zu übernehmen und damit mit kompetenten Persönlichkeiten in der Regierung Politik und Gesellschaft zu stabilisieren.

Dies hat sich in den letzten Jahren geradezu dramatisch geändert. Heute gibt die AKP das Bild einer korrupten Partei ohne ethische Prinzipien ab. Ihre politische Richtung ist, abgesehen von ihrer irrational islamistischen Tendenz, kaum auszumachen. Kompetente

Persönlichkeiten sind kaum noch sichtbar, obwohl es daran eigentlich nicht mangeln dürfte. Die politische Atmosphäre ist von Hass und Angst geprägt, direkt geschürt aus dem Präsidentenpalast heraus. Die AKP kommt ohne die rechtsnationale MHP nicht mehr aus, die sich ihrerseits aufgespalten hat und einen großen Teil ihrer besten Leute an die neue IYI-Partei verloren hat, die von Meral Akşener geführt wird - konservativliberal, ehemals AKP-Funktionärin.

Die AKP als Plattform für Gülen

Die AKP bot Fethullah Gülen eine Plattform, über welche die Karrieren seiner Freunde und Anhänger gefördert wurden. Gülen war mit seinen Anhängern in den 1980er Jahren aus vielschichtigen und verzweigten religiösen Strömungen hervorgegangen, die die religiösen Bedürfnisse der Gesellschaft besser bedienten als der Staatsislam des Präsidiums für Religionsangelegenheiten, dessen verlängerten Arm wir in Deutschland als DITIB kennen. Das System Gülen baute auf forcierter Bildung und Ausbildung auf, zog Unmengen von Kapital an. Gülen's Anhänger erlangten die Strukturen einer riesigen Gemeinde mit starkem Zusammenhalt und loyalen Seilschaften in allen gesellschaftlichen Bereichen - ein fast geheimer Bund mit größerer Macht als die sagenhaften, bereits genannten *Illuminati*. Gülen hatte den Staat, aber auch die Wirtschaft ergriffen.

Dabei war Gülen nie als Unterstützer eines politischen Islam aufgefallen, hatte seine Wahlempfehlungen zuletzt vor allem auf bürgerliche Parteien wie die ANAP oder die DYP konzentriert, die in den 1990er Jahren mit der Wirtschaftsprofessorin *Tansu Çiller* die bislang einzige Frau auf dem Posten des Ministerpräsidenten hervorgebracht hatte. Mit der Gründung der AKP fand Gülen mit seiner Bewegung dann eine neue Plattform bzw. ein neues Dach, unter welchem es ihm gelang, wichtige Positionen in allen Bereichen von Verwaltung, Justiz und Militär zu besetzen. Wenn also heute ein Minister davor warnt, die FETÖ (Gülen-Bewegung, das „T“ steht für die Qualifikation als terroristische Vereinigung) habe die Institutionen infiltriert, so muss er sich entgegenhalten lassen: Die AKP hat dies der Bewegung aktiv ermöglicht und oft genug gerät ein Minister selbst in den Verdacht, dieser Bewegung anzugehören. So halten auch tatsächlich 56% der Türken die AKP selbst für unterwandert (AKAM, Cumhuriyet v. 25.11.2016) - eigentlich logisch, denn ohne den Gülen-Anhang wäre die AKP politisch nicht dort, wo sie heute ist. Und dass eine „terroristische“ Vereinigung in der Türkei Hunderttausende von Mitgliedern oder Befürwortern haben soll - eine absurde Vorstellung. Nicht absurd ist allerdings die Vorstellung, dass eine solche Bewegung - den „Terror“-Begriff einmal außer Acht gelassen - ein Projekt umsetzt, das wir aus den Parolen der radikalen Linken der 1968er kennen: Die Umsetzung der Ziele einer Ideologie oder Weltanschauung über den „Marsch durch die Institutionen“. Eine geheimbundähnliche Bewegung mit Hunderttausenden Anhängern, hierarchisch strukturiert, wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreich. In diesem Sog des Erfolgs förderten die AKP und auch schon ihre Vorgänger aus eigennützig politischen Motiven die Bewegung und führten damit das Problem erst herbei. Dieses selbst geschaffene Problem versuchen die AKP und ihr Staatspräsident jetzt zu lösen.

Der notwendige Bruch

Gülen's Angriff auf die Vernetzung von Politik und Bürokratie

Vorab ist - um Missverständnisse zu vermeiden - kurz der hier verwendete Begriff der „Seilschaft“ zu definieren. Jedes politische System generiert seine Eliten und das Personal, das die Führung des Staates bildet, durch persönliche Beziehungsgeflechte. Kein Minister muss für einen solchen Posten ein Motivationsschreiben oder eine Bewerbung abgeben. Er muss sich nicht förmlich bewerben, sieht man einmal in parlamentarischen Demokratien von dem Erfordernis ab, dass er sich einer Abstimmung im Parlament stellt. Korruption ist somit fester Bestandteil jeder Politik, so demokratisch sie auch immer legitimiert und verfasst sein mag. Niemand kommt nach oben, ohne anderen - seinen Unterstützern - etwas zu bieten. Politik ist ohne „eine Hand wäscht die andere“ undenkbar, und ist sie noch so anarchisch strukturiert oder moralisch geprägt. Geboten werden nicht nur zündende Ideen, sondern auch Posten, Ämter, Vorteile aller Art. Das ist das Wesen der menschlichen Gesellschaft als soziobiologische Bedingung für das Überleben aller. Die politische Seilschaft ist dasjenige soziale System, in dem der erfolgreiche Politiker nach oben steigt und seine Seilschafter mitzieht. In vielen Gesellschaften ist das als Klientelismus besonders stark ausgeprägt, die Loyalitätsbeziehungen aus gemeinsamer Kindheit im gemeinsamen sozialen Umfeld (Familie, Dorf, Stadtviertel, Sandkasten, Schule, Hochschule) spielen mancherorts eine stärkere Rolle als anderwärts, wo das Funktionieren von sozialen Beziehungen stärker durch gesamtgesellschaftliche Regeln kanalisiert, wo die Vorteilsgewährung an Freund und Familie als anrühlich angesehen wird und unter scharfer moralischer Kontrolle der Gesellschaft steht, die nicht Vetternwirtschaft, sondern Leistung erwartet.

Wenn in der Türkei ein Spitzenpolitiker den Mitgliedern seiner Familie oder seines Clans oder auch nur den Menschen aus dem eigenen Dorf ohne Ansehung spezifischer Qualifikation Vorteile verschafft, so ist dies selbstverständlich, geradezu geboten. Moralisch ist es nur im Sinne innerfamiliärer moralischer Verpflichtungen. Dass der Präsident der Republik seinen Schwiegersohn zum Minister macht, ohne dass jemand nach dessen Qualifikation oder politischer Verwurzelung in einer politischen Partei fragt, wird in der Türkei vermutlich leichter akzeptiert als in anderen Ländern. Würde etwa Angela Merkel einem Neffen erkennbar allein aus Gründen des familiären Zusammenhalts, der wirtschaftlichen und sozialen Absicherung ihrer Familie einen Posten als Postdirektor verschaffen, würde dies bereits ihren nächsten Wahlsieg gefährden, wenn sie es überhaupt noch bis zur nächsten Wahl schafft. In der Türkei dagegen ist es selbstverständlich, dass nach jedem Wahlsieg die Posten bis in die Provinz hinein erst einmal nach Loyalitätsgesichtspunkten neu besetzt werden - das ist das Wesen des Klientelismus.

Damit sind wir direkt am entscheidenden Punkt angelangt: Die politische Spitze erwartet genau dies, nämlich die Möglichkeit der Neugestaltung der Beziehungsgeflechte in Politik und Bürokratie zur Sicherung der eigenen Herrschaft. Das ist keine Eigenart der AKP, auch wenn es die AKP auf die Spitze getrieben hat. Dieses System hat die Gülen-Bewegung sowohl genutzt als auch angegriffen und neue Loyalitätsstrukturen geschaffen, auf welche die Politik - also Erdoğan und seine Seilschaften - keinen Zugriff mehr hatten. Es geht also letztlich um die Wiederherstellung von Loyalitätsverhältnissen zwischen Regierung und

Bürokratie als Bedingung für das Funktionieren des Staatswesens als einer durch eine demokratisch legitimierte Regierung geführten Struktur - um die Eliminierung klandestiner Parallelstrukturen, eines nicht demokratisch legitimierten Parallelstaats. Ob die Eliminierung dieser Parallelstrukturen selbst den Anforderungen eines demokratischen Rechtsstaates standhält, ist indessen eine andere Frage.

Reaktion des AKP-Establishments

Das starke Anwachsen dieser islamischen Gemeinde - oder besser: Gemeinschaft - wurde also zur Gefahr für Erdoğan, der seine Macht naturgemäß nicht auf eine Basis stützen durfte und darf, die nicht einmal von ihm selbst kontrolliert wurde bzw. wird. Sie drohte, so darf man die Vorgänge heute interpretieren, unter der Leitung des „Khomeini von Pennsylvania“, Fethullah Gülen, den Staatsapparat so zu durchsetzen, dass die Gefahr bestand, dass sich dieser Apparat verselbstständigte und einer vernünftigen Kontrolle durch die Seilschaften der AKP-Regierung entzog. So gesehen hat der vom Präsidenten Erdoğan selbst formulierte Satz, der [Putsch sei ein Geschenk Gottes](#) gewesen, eine besondere Bedeutung, die man nur in der Frage formulieren kann: Was wäre eigentlich passiert, wenn der Präsident nicht als starker Mann die Fäden in die Hand genommen hätte? Hätte dann doch eine Art Iranisierung nach dem Vorbild Khomeinis stattgefunden? Hätte eine islamische Scientology namens „Gülen-Bewegung“ oder (türkisch:) „Fethullahçılar“ die Kontrolle über Staat und Gesellschaft übernommen, vielleicht mit schlimmeren Folgen als denen einer Erdoğan-Diktatur? Oder ist es umgekehrt - hat Erdoğan mit der Ausschaltung der Gülen-Bewegung einfach nur eine Seilschaft ausgeschaltet, die seinen eigenen Machtanspruch in Frage gestellt hat, um damit seine Allmachtsphantasien zu stärken und umzusetzen? Installiert er nun selbst ein islamisch orientiertes, autoritäres System anstelle eines Seilschaftenregimes, das einer säkularistischen Interpretation des Islam gefolgt ist? Derzeit sieht es so aus.

Nach dem Putsch haben wir nur gesehen, wie eine AKP-Regierung mit Unterstützung von Denunzianten eine Hexenjagd entfesselt hat - türkische Kritiker haben diesen Begriff bereits kurz nach dem Putsch in einem für türkische Verhältnisse neuen Begriff übernommen: *çadı avı*. Aber sehr viele Verhaftete sind ja gerade Anhänger oder gar Mitglieder der AKP oder Spitzenbürokraten wie Polizeipräsidenten, Präfekten und hohe Richter, die auf „AKP-Tickets“ (wenn auch nicht, bedingt durch das türkische Parteien-Recht, als AKP-Mitglieder) in ihre Positionen gelangt sind. Selbst Spitzenpersonal im Präsidialpalast war betroffen. Es werden Personen ausgebootet, suspendiert, verhaftet, von denen alle glaubten, das seien jetzt diejenigen, mit denen Erdoğan seine Islamisierungspolitik vorantreibt. Die Hoffnung aber, Erdoğan werde jetzt möglicherweise gezwungen, seinen Frieden mit dem Säkularismus zu schließen, weil er als Zauberlehrling die Geister, die er gerufen hat, anders nicht loswird, hat sich zerschlagen. Zwar posiert er ab und zu noch vor dem Konterfei Mustafa Kemal Atatürks, am liebsten lässt er sich aber vor dem Symbol für das Präsidialamt, dem goldenen Stern mit den vielen kleinen Sternchen, welche die historischen türkischen Staaten symbolisieren, ablichten, am besten so, dass es wie ein Heiligenschein wirkt. Atatürk dagegen wird immer weiter zurückgedrängt, übrigens mit der Folge, dass sich weite Kreise der Bevölkerung um so mehr an die Leistungen dieses ehemaligen Generals und Staatsgründers erinnern, dem die heutige Türkei überhaupt erst ihre Existenz verdankt. Der große Sieg von Çanakkale 1915 über die Alliierten wird neuerdings als Leistung des

bankrotten osmanischen Systems gefeiert, statt, wie es sich mit Zeitzeugen belegen lässt, als Leistung eines einzelnen Generals, nämlich von Mustafa Kemal Pascha, dem späteren Atatürk. Die Lehre von der Evolution des Menschen weicht der Lehre vom „cihad“ als fester Bestandteil des Lehrplans, eine Kampfansage an die Neutralität des Staates. Erdoğan ist, was die Vorstellung von Staat, Gesellschaft und Religion angeht, radikaler als Gülen. Gülen hat die laizistische Republik nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Er hat stattdessen den Fehler gemacht, seine Bewegung sich zu einem Geheimbund entwickeln zu lassen, dessen Struktur in Konkurrenz zu den demokratisch legitimierten Strukturen des Staates getreten ist. Er hat versucht, dem bestehenden klientelistischen System ein für die Türkei neuartiges Seilschaftssystem überzustülpen. Das hat sich jetzt gerächt.

Der Putsch v. 15.7.2016

Die Frage der Urheberschaft

Die Frage der Urheberschaft ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Der Untersuchungsbericht des Parlaments, der hätte öffentliche Aufklärung bringen können, ist angeblich verschwunden (siehe aber: [hier](#)).

Dass Fethullah Gülen selbst den Befehl gegeben hat, ist denkbar, denn er muss gewusst haben, dass die Pläne für die Hexenjagd gegen seine Bewegung bereits fertig in der Schublade lagen. Zweifel erweckt der Umstand, dass der Putsch so dilettantisch ablief.

Auch der türkische Präsident wird verdächtigt. Es passt aber ebenfalls nicht so recht zum Ablauf des Putsches. Eher könnte der Verdacht berechtigt sein, er habe vorher von dem Putsch gewusst und ihn geschehen lassen. Dafür spricht, dass er offenbar heimlich seinen Urlaubsstandort gewechselt und sich damit dem Zugriff der Putschisten entzogen hat.

Die dritte Alternative ist, dass tatsächlich nur eine Gruppe von Gülen-Anhängern im Militär den Versuch gemacht haben, Erdoğan zu stürzen.

Auch wenn die Justiz behauptet, die vielen Gülen-Anhänger aufgrund von Beweisen zu verurteilen, so besteht doch der Verdacht, dass die meisten Anhänger eher Opfer der eigenen Bewegung geworden sind, von dem Putschversuch zuvor nichts gewusst hatten. Und vor diesem Putsch-Versuch war auch nie auch nur der leiseste Verdacht geäußert worden, die Bewegung würde Gewalt anwenden wollen oder sich gar bewaffnet haben.

Die Rolle des Militärs

Bis 1983 war das türkische Militär die mächtigste und am besten funktionierende Organisation im Staat. Seine „Politik“ war berechenbar, streng an den Prinzipien des Kemalismus ausgerichtet oder - wie die orientwärts ausgerichtete Politikwissenschaft sagt - einer konsequenten Modernisierungsideologie bzw. Verwestlichungsideologie (*modernization, westernization*) verpflichtet. Das Militär war geradezu Garant für die Vertragstreue des türkischen Staates in westlichen Bündnissen wie Europarat und NATO. Ich würde sogar einen Schritt weitergehen: es war Garant des sozialen und demokratischen

Rechtsstaates. Dass der Abbau der Macht des türkischen Militärs parallel mit dem Abbau demokratischer Institutionen erfolgt, ist kein Zufall.

Die Putsch vom 27.5.1960 und 12.9.1980 können als Versuch des Militärs gesehen werden, verfallende Strukturen im Sinne eines demokratischen Rechtsstaats zu festigen und auf neue Füße zu stellen. 1961 führte das zu einer der liberalsten Verfassungen Europas, 1982 erstand diese liberale Verfassung mit einem autoritären Anstrich, der dann aber in mehreren Reformen demokratisiert wurde.

Der Putschversuch am 15.7.2016 hat mit den Putschen des traditionsreichen türkischen Militärs nichts mehr zu tun. Die Allmacht des Militärs war dank der von Europa geförderten und begrüßten Politik der Entmilitarisierung der Politik durch zivile Regierungen bereits gebrochen. Der für den Putsch getriebene Aufwand war geradezu lächerlich, die Durchführung dilettantisch. Während keiner der Eingriffe des Militärs seit Ausrufung der Republik jemals nennenswertes Blutvergießen verursacht hatte, wurde am 15.7.2016 ein überflüssiger und trauriger, hoher Blutzoll gezahlt - Blut von Soldaten, Polizisten und Zivilisten.

Die Säuberungen

Die Verwendung des Begriffs „Säuberungen“ ist ein unglückliches Signal für fehlende Rechtsstaatlichkeit. Über 170.000 Beamte aus allen Bereichen, bis hinauf in die unmittelbaren Berater- und Sicherheitskreise des Präsidenten und anderer Persönlichkeiten, sind entlassen oder suspendiert worden, darunter auch mehr als 4.000 Richter und Staatsanwälte. Mehr als 70.000 Menschen sitzen in Untersuchungshaft: Journalisten, Beamte, Lehrer, Professoren, Offiziere, Ärzte, Rechtsanwälte ..., vermutlich mehr als die Hälfte aller Untersuchungshäftlinge. Die Nachrichten über Entlassungen, Festnahmen, Verhaftungen nehmen nicht ab, auch heute, am 18.10.2019, nicht. Die Kapazitäten der Gefängnisse sind weit mehr als ausgeschöpft, man spricht - wohl bescheiden - von einer Kapazitätsausschöpfung von 112% ... Ursache für diese Zahlen ist allerdings nicht die Hetze gegen irgendwelche Regimekritiker, sondern weit überwiegend der Kampf gegen die Gülen-Bewegung, der uns nach wie vor rätselhaft erscheint. Selbst wenn nur bei 10% der betroffenen Beamten eine direkte Verstrickung in die Aktivitäten der Gülen-Bewegung nachgewiesen werden könnte ...

Dass nur einen Tag nach dem Putschversuch das Tempo sozusagen von Null auf Hundert zugenommen hat, ist darauf zurückzuführen, dass die Säuberungen bereits sorgfältig vorbereitet waren. Erdoğan brauchte nur auf den sprichwörtlichen Knopf zu drücken. Schwierig war allein die Umsetzung, denn die Gülen-Anhänger saßen in entscheidenden Positionen. Die späteren Entlassungen, Festnahmen und Verhaftungen ergaben sich dann sowohl aus Informationen aus der ersten Verhaftungswelle als auch daraus, dass die Datenauswertung (By-Lock) ihre Zeit brauchte. Der Putsch hatte allenfalls die Wirkung eines Brandbeschleunigers. Verschwörungstheoretiker zeigen daher auch wegen des engen zeitlichen Zusammenhangs, der extrem schnellen Reaktion des zivilen Regimes auf den Putsch auf Erdoğan als Dramaturgen und Intendanten des Theaterstücks. Und das Feuer greift auf Flächen über, für die es nicht gelegt worden war. Es wird nicht nur das

Krebsgeschwür (Präsidenten-Terminologie) entfernt, sondern gleich das ganze Organ. Regierung und Strafjustiz greifen gefährlich tief in das System, in alle Bereiche des Staates und der Gesellschaft ein.

Sieht man einmal von den persönlichen Motiven und Visionen des Staatspräsidenten ab, dürfte eine Erklärung für diese Maßnahmen im Charakter der Gülen-Bewegung zu suchen sein (vgl. eine einfache [Reportage des Deutschlandfunks aus 2014](#)). Sie schien für einen aufgeklärten Islam zu stehen, andererseits wurde Gülen auch schon vor mehr als 30 Jahren, also lange vor der AKP-Regierung, wegen antilaizistischer Propaganda verfolgt, was nichts anderes bedeutete, als dass ihm Pläne für die Errichtung eines Staates auf islamischer Grundlage vorgeworfen wurden. Der Umstand, dass Gülen früher nicht die islamistischen, sondern die bürgerlichen Parteien unterstützt hatte, darf als Verdeckungsstrategie verstanden werden - und als ein kluger Schachzug, weil er für die ihm zugeschriebenen Infiltrationspläne natürlich über etablierte Parteien der Mitte schneller zum Ziel kommen konnte als über die an der politischen Peripherie dümpelnden islamistischen Parteien, zumal diese ähnlich den kurdischen Parteien ständig durch verfassungsgerichtliche Verbote bedroht waren. Auch die Unterwanderung des Militärs konnte ihm nur aus der bürgerlichen Mitte heraus gelingen, die zwar islamisch, nicht aber islamistisch war und ist. Die Infiltration erfolgte nicht über den Rand, sondern über die Mitte. Dies erklärt auch ihren Erfolg.

Dann aber fand er in der AKP eine Plattform, über welche Tausende von weiteren Abgängern seiner Schulen und Universitäten sich in gute Positionen in Staat und Gesellschaft hocharbeiten konnten. Und es wäre naiv zu glauben, dass die Seilschaften sich an die gegebenen Regeln gehalten und nicht auch die Funktion gehabt hätten, eben die richtigen Anhänger und Sympathisanten in die richtigen Positionen zu bringen, Prüfungsmanipulationen inbegriffen. Effizient wurde dieser Marsch durch die Institutionen im Bildungssektor, aber auch in Militär und Polizei sowie vermutlich im Geheimdienst. Der AKP kam dies zunächst zupass. Während bis ca. 2012 Gülen und seine Anhänger als Stütze der religionsnahen AKP-Politik galten, begann Erdoğan dann aber in ihnen eine Gemeinschaft zu sehen, die auf einem engen Zusammenhalt beruhte und sich anschickte, die Kontrolle über den gesamten Staatsapparat zu übernehmen - zwar mit Hilfe der AKP, jedoch ohne sich deren politischer Kontrolle, geschweige denn derjenigen ihrer, genauer: seiner - Führung zu unterwerfen. Der Gülen-Bewegung war es gelungen, einen Parallelstaat zu schaffen.

Wenn eine Regierung Polizei, Militär und Bildungswesen säubert, bis an den Rand des Zusammenbruchs des Systems, und dabei eben bei weitem nicht nur Regimekritiker, sondern in der überwältigenden Mehrheit in ihrer Weltanschauung der AKP durchaus nahestehende Personen ausschaltet, dann muss das zu denken geben.

Dabei sind Vergleiche mit dem Exilanten Khomeini, der nach seiner Rückkehr in den Iran Ende 1978 einen radikalen Umschwung zugunsten eines islamisch-konservativen Gottesstaates herbeigeführt hatte, nicht selten. Aus deutscher Sicht kaum nachvollziehbar, wäre die Bewegung vielleicht auch mit der Loge P2 in Italien zu vergleichen, der man ja ebenfalls eine verbrecherische Unterwanderung staatlicher Institutionen zuschreibt - nur mit dem Unterschied, dass sich die Gülen-Bewegung auf Zehntausende, wahrscheinlich

Hunderttausende Anhänger stützen konnte und sich ihre politische und bürokratische Elite selbst gestrickt hat. Scientology auf islamisch, nur noch größer.

Jedenfalls müssen wir begreifen, dass auf dem Establishment hinter und unter Erdoğan ein enormer Handlungsdruck lastete, dem es nach dem gescheiterten Putsch nun Folge geleistet hat, indem es diesen Druck nicht nur abgeschüttelt, sondern Gegendruck aufgebaut hat - so stark, dass die eigene Legitimität dieses Establishments in Frage gestellt ist.

Gefahr für den Rechtsstaat

Willfährige Justiz?

Die aktuelle Situation kommt der Abschaffung des Rechtsstaats gleich. Was das Regime auf der Grundlage eines überdehnten und missbrauchten Notstandsrechts, das ausdrücklich mit einem angeblichen, „durch die ‚Terrororganisation des Fethullah Gülen‘ angezettelten Putsch“ und dann mit der Jagd auf die Anhänger der Gülen-Bewegung begründet wurde, mit dem ganzen Staats- und Justizsystem angestellt hat, ist fern von dem, was wir als gelebten Rechtsstaat bezeichnen.

Das Regime stützt sich auf eine Justiz, in der vermutlich die Angst vor Karrierebrüchen oder Entlassungen vorherrscht. Die Richtergarantie, ein hehres Prinzip der türkischen Verfassung, scheint außer Kraft gesetzt, vollzogen durch die Kolleginnen und Kollegen aus derselben Justiz. Es geht dem Regime nicht mehr nur um Gülen, es geht ihm um alles, um die Usurpation von Staat und Gesellschaft durch die Ideologie einer Partei, die gerade mal die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen konnte und an Zustimmung verliert, und den Ausbau der Macht ihres Führers.

Wenn zum Beispiel die gesamte Redaktion nebst Kolumnisten, Journalisten und Karikaturisten der traditionellen Tageszeitung Cumhuriyet verhaftet wird (nach überlangen Haftzeiten sind sie wieder frei), so müssen diese Menschen entweder Mitglieder einer Mörderbande sein, oder es haben sich Staatsanwälte und Haftrichter gefunden, die hier irgendetwas vollstrecken, was mit Strafrecht nichts zu tun hat. Soweit bisher bekannt geworden, fehlt den Anklageschriften jegliches Merkmal strafrechtlicher Handwerkskunst, was ich übrigens aus eigener Anschauung im Zusammenhang mit Strafverfahren gegen Führungskräfte von Unternehmen nur bestätigen kann. Zwischenzeitlich sind auch mehrere renommierte Journalisten zu irrwitzigen, ershwert lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt wurden, parallel zur merkwürdigen Entlassung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel, der öffentlich sagt, dass er weder wisse, warum er festgenommen worden noch warum er plötzlich freigekommen sei. Mehrere Cumhuriyet-Mitarbeiter sind wegen staatsfeindlicher Aktivitäten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden - man fühlt sich an die dunklen Zeiten des Kommunismus auf dem Balkan und in der Sowjetunion oder die finsternen Tage des deutschen Nationalsozialismus erinnert. Am 22.4.2018 wurde berichtet, dass 889 Strafurteile u.a. gegen Richter und Staatsanwälte ergangen seien - auf Lebenslänglich. Eine unfassbare Zahl, die nur Beunruhigung auslösen kann. Mit Recht und Gesetz kann das nichts zu tun haben.

Überforderte Strafjustiz?

Andererseits muss man aber auch sehen, dass die Justiz, die ja selbst Ziel von Säuberungen geworden ist, mit der Situation völlig überfordert ist. Natürlich wären nach deutschen Maßstäben wahrscheinlich 80-90% der inhaftierten Beschuldigten auf freien Fuß zu setzen, weil die Vorwürfe der Staatsanwaltschaften auf äußerst wackeligen Füßen stehen und die Haftgründe durch aus der Luft gegriffene Terrorvorwürfe strapaziert werden. Auch die hohe Zahl der extremen Strafurteile weckt Misstrauen. Wenn aber die Gülen-Bewegung tatsächlich den Charakter eines perfekt durchorganisierten Geheimbundes hatte, der sich durch die demokratisch legitimierte Politik nicht kontrollieren ließ, wenn sie tatsächlich in den Putsch verwickelt war, was man trotz alternativer Denkmodelle nicht einfach vom Tisch fegen kann - wie soll man mit diesem Parallelsystem fertig werden? Muss man es bekämpfen oder dulden? Wie kann man es effizient bekämpfen? Wie erfasst man die Tatbestände richtig unter dem an sich sehr modernen türkischen Strafrecht? Ganz unabhängig von der Bewertung der Person des Präsidenten Erdoğan - von was genau wird das türkische Verwaltungs- und Politiksystem gerade gereinigt, ist diese Reinigung unerlässlich, um dem Land langfristig die Option für eine offene und freie Gesellschaft offen zu halten? Wer ist Teufel, wer ist Beelzebub? Versagt der Rechtsstaat wirklich nachhaltig oder ist er nur temporär überfordert?

Inkompetente Strafjustiz?

Ein weiteres Problem dürfte hier durchschlagen. Seit Ende der 1980er Jahre wurden ständig neue Universitäten gegründet. Das Tempo hat die Möglichkeiten, gleichzeitig auch qualifiziertes Lehrpersonal zu generieren, bei weitem überfordert. 77 (!) juristische Fakultäten gibt es derzeit, zudem acht in Nordzypern, das keine 150.000 Einwohner hat! Es war für das Regime also kein Problem, die geräumten Stellen mit jungen, unerfahrenen und zudem mit kaum qualifizierten Diplomen ausgestatteten jungen Richterinnen und Richtern zu besetzen; es war geradezu ein „Muss“, nachdem so viele erfahrene Richter und Staatsanwälte entlassen worden waren. Und gerade die sensiblen Stellen an den „Friedensgerichten“, welche für Haftsachen zuständig sind, wurden mit solchen jungen Leuten besetzt. Ein Schlag gegen die Funktionstüchtigkeit der Justiz. Von einer dermaßen personell ausgestatteten Justiz kann wahrlich nicht erwartet werden, dass sie „Recht“ spricht. Kurzum: der Ansturm katastrophal ausgebildeter junger Juristen ist in einer Justiz angekommen, die ohnehin schon seit jeher Schwierigkeiten hatte, das existente Straf- und Strafprozessrecht ordentlich anzuwenden.

Gülen-Bewegung - eine „terroristische“ Vereinigung im Rechtssinne?

Weder mit der Behauptung noch mit dem Bestreiten ihres terroristischen Charakters erfasst man das Phänomen dieser Bewegung - einer Bewegung, die möglicherweise auch ohne Gewalt den Umsturz über den Marsch durch die Institutionen herbeigeführt hätte. Vielleicht haben wir es hier tatsächlich mit einem Fall zu tun, in dem - vergessen wir für diesen Moment den Putschversuch - eine große und starke Bewegung für die Verfolgung des Ziels eines autokratischen, religiös orientierten Staates eine Strategie verwendet hat, die unter die klassischen Definitionen wichtiger Staatsschutzdelikte nicht zu subsumieren ist - und den Traum eines unangefochtenen Marsches durch die Institutionen geträumt hat, der nun geplatzt ist. Vielleicht zum Glück für die Türkei und Europa - wir wissen es nicht...

Die [Gülen-Bewegung](#) erfüllt die Definition des „Terrorismus“, wie wir sie aus den einschlägigen Konventionen des Europarats und der UN oder dem türkischen Strafrecht kennen, nicht schon deshalb, weil täglich hundertfach in allen Medien, selbst durch Persönlichkeiten aus der Justiz, von der Bewegung gar nicht mehr ohne das Attribut „terroristisch“ gesprochen wird. Vereinzelt gibt es schon Entscheidungen des Kassationshofs, die offenbar von diesem Postulat ausgehen. Ein [Parlamentsbericht](#) kommt zu der Feststellung, dass die Gülen-Bewegung für den Putsch verantwortlich sei. Auch wenn dem Bericht seitens einiger Beobachter „Lügen“ vorgeworfen wurden, entspricht die Darstellung der Entwicklung der Gülen-Bewegung dem, was ich selbst seit den 1980er Jahren beobachtet hatte. Der Ausschuss will festgestellt haben, dass die CHP von Gülen Geld bekommen habe. Die CHP bestreitet das und erklärt das entsprechende Dokument für gefälscht. Allerdings wird wohl auch nicht der Anteil geleugnet, den die AKP, unter deren Fittichen Gülen seinen Marsch durch die Institutionen zehn Jahre lang unbehelligt fortsetzen konnte, an der heutigen Situation hat.

Vielleicht macht es Sinn, hier auch auf ein Detail hinzuweisen: Die Strafjustiz und der aktuelle Parlamentspräsident Binali Yıldırım rühmen ihr Geschick, mit Hilfe der Entschlüsselung von By-Lock zur Zerschlagung der Bewegung beigetragen zu haben. Nur: Wie haben die zahlreichen verurteilten Köpfe der Bewegung dann mit den Spitzen der Bewegung kommuniziert? Die nämlich sind angeblich bis heute nicht bekannt. Von wem werden sie gedeckt?

Die Verbindung zu Fethullah Gülen selbst ist bis heute nicht ans Licht gekommen. Das ist merkwürdig.

Missbrauch des Notstandsrechts

Jedenfalls ging schon die Ausrufung des Notstandes eigentlich zu weit, soweit er mit dem Putsch begründet worden war. Zwar sind die Verfahrensregeln eingehalten worden, doch war der Putsch längst erfolgreich niedergeschlagen und für die Ausbreitung von Gewalthandlungen bestanden und bestehen keinerlei Anzeichen, sieht man einmal vom Südosten ab, wo ohnehin der blutige Kampf gegen die PKK fortgesetzt wird. Auch die Beschlagnahme des gesamten Vermögens der vielen Festgenommenen hatte keine ausreichende Rechtsgrundlage und musste durch Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft (Gesetzesdekrete), die ohne Mitwirkung des Parlaments (nur nachträgliche Kontrolle mit Akklamation durch die AKP) durch die Regierung erlassen wurden, verbessert oder gar erst geschaffen werden.

Fast alle Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft, die im Amtsblatt veröffentlicht wurden, verstießen in gröbster Weise gegen die Verfassung. Denn kaum ein Gegenstand war „durch den Notstand erfordert“, wie es Verfassung und Gesetz verlangen. Mit den zahlreichen Entlassungen usurpierte die Regierung als Gesetzgeber die Kompetenzen der Verwaltung. Die Absicht war klar: Gegen die Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft hatten die Betroffenen keinen Rechtsweg zur Verfügung.... Ein Trick des Regimes, um zu verhindern, dass die Justiz zugunsten der willkürlich entlassenen Betroffenen, denen keinerlei rechtliches Gehör, auch nicht durch die eigentlich zuständigen Personalreferate, gewährt wurde, eingreifen konnte.

Das Ende der Pressefreiheit

Traurig ist aber jedenfalls der Umgang mit der Presse. Die Regierung hat ein Klima der Angst geschaffen, teilweise bereits ausgelöst durch die Flut von Beleidigungsklagen, die Präsident Erdoğan gegen Analphabeten wie gegen Journalisten hat einleiten lassen, welche Kritik an seiner Person und seiner Politik geübt haben, und ebenso offenkundig getrieben von der eigenen Angst vor dem, was sie selbst ständig als „das Volk“ beschwört. Es mag sein, dass bei einzelnen, auch renommierten Journalisten überraschend enge Verbindungen zur Gülen-Bewegung nachgewiesen werden können. Aber sollte nicht jeder gute Journalist solche Verbindungen haben, wie auch zu Politikern, Parteien oder zu wem auch immer, der relevant für die Berichterstattung sein könnte, zu Kommunisten, Islamisten, radikalen Kurden, Nationalisten, Satanisten? So haben die vielen, meist für den vernunftbegabten Bürger nicht nachvollziehbaren Aktionen gegen Zeitungen und Journalisten, von denen Hunderten die Presselizenzen entzogen worden sind, den bitteren Beigeschmack, dass es ganz einfach darum geht, kritische Stimmen abzutöten. Dabei trifft es auch gleich solche Journalisten, deren kritische Kommentare zur türkischen Politik bezüglich des türkischen Südostens sie als „PKK-Unterstützer“ in die Gefängnisse bringt, Wissenschaftler, Ärzte und andere Menschen, welche Frieden fordern und den Einmarsch in Nordsyrien - zur Recht! - als Völkerrechtsverstoß, ja als Angriffskrieg brandmarken. Ein Skandal die Einweisung einer jungen Lehrerin samt ihrem fünf Monate alten Kind, weil sie in einer Fernsehsendung den Tod von Kindern im Südosten beklagt hatte. Eine menschliche Stimme, die man mit der Keule des Terrorismusvorwurfes erschlagen will. Und diese junge Frau ist nur ein Beispiel von hunderten Müttern, die mit ihren Kindern im Gefängnis sitzen. So geht der türkische Staat mit seinen Menschen, seinen Hoffnungsträgern, seiner Zukunft um. Der Tod der Presse- und Meinungsäußerungsfreiheit als Kollateralschaden der Hexenjagd gegen die Gülen-Bewegung? Oder einfach nur das typische Merkmal einer Diktatur, die irgendwann auch das Morden anfangen wird? Einen Angriffskrieg hat sie bereits gestartet.

In der linientreuen Presse (*havuz basını*) wird gelogen und geklittert, dass einem speiübel bei der Lektüre wird. Keinerlei Informationswert, nur noch Propaganda. Viele Zeitungen, die ich früher gerne gelesen und ausgewertet habe, kommen heute als Quellen kaum noch in Betracht. „Milliyet“, früher eine bürgerlich-liberale Zeitung, die für Freiheit und Demokratie nicht nur stand, sondern auch kämpfte und dafür hohen Blutzoll entrichten musste (ihr bekanntester Chefredakteur Abdi İpekçi wurde im Februar 1979 ermordet), hat nach einer langen Periode der Verwandlung in das Sprachrohr des Führers einer großen Unternehmensgruppe, Aydın Doğan, den Weg in den Abgrund der linientreuen Presse geschafft. Ganz nebenbei hat Aydın Doğan dann noch sein Presse-Imperium an einen Getreuen des Präsidenten verkauft, der wiederum angeblich mit einem ungedeckten Scheck bezahlt haben soll.

Der seriöse Journalismus in der Türkei liegt im Koma.

Die Rolle des Verfassungsgerichts

Für einen Rückschlag des Rechtsstaates ist zu meinem großen Bedauern das Verfassungsgericht verantwortlich, dessen Rechtsprechung ich seit Oktober 1979 ständig mit großem Respekt verfolgt habe. Die CHP hatte den Mut gefunden, gegen einen Teil der

Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft, die im Jahre 2016 nach dem Putsch erlassen wurden, vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Die Begründung dafür war der Bezug auf ein Urteil aus dem Jahre 1991, in welchem das Verfassungsgericht gesagt hatte: „*Gegen eine Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft im Notstand ist der Weg zum Verfassungsgericht nur dann verschlossen, wenn sie tatsächlich notstandsrelevante Gegenstände regelt.*“ Das Verfassungsgericht hat diese Linie mit zwei [Urteilen v. 2.11.2016](#) verlassen und sich für unzuständig erklärt mit der fragwürdigen Begründung, dass Verfassung und Gesetzgeber jegliche Rechtsverordnung mit Gesetzeskraft hätten dem Zugriff des Verfassungsgerichts entziehen wollen. Damit ist die wichtigste rechtsstaatliche Kontrolle von Parlament und Regierung entfallen. Der Autor geht davon aus, dass das Verfassungsgericht eine sachfremde Abwägung getroffen hat: Grund für das Urteil war vermutlich die Befürchtung, dass das Regime ganz einfach mit der Abschaffung des Verfassungsgerichts reagiert. Zwei Verfassungsrichter waren kurz davor wegen angeblicher Gülen-Verbindungen aus dem Verfassungsgericht entfernt worden - mit Zustimmung des hierfür selbst zuständigen Gerichts. Die am Tag der Verfassung am 23.4.2017 durch den Präsidenten des Verfassungsgerichts in einer Ansprache wiederholte Begründung, das Verfassungsgericht dürfe sich hier nicht künstlich einen Freiraum für die Kontrolle von Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft schaffen, wirkte lau und wenig überzeugend. Denn seine bisherige Rechtsprechung war verfassungsjuristisch überzeugend und hatte kaum Kritik hervorgerufen, sie war als kleine Korrektur eines Systemfehlers angesehen worden.

Die Regierung interpretierte danach die fehlende Anfechtbarkeit ihrer Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft als Freibrief zum beliebigen Erlass solcher Rechtsverordnungen zu jedem Thema. Eigentlich durfte sie mit solchen Dekreten nicht in die Grundrechte eingreifen, tat es aber mit den Tausenden von Entlassungen aus dem Staatsdienst, wobei dann auch noch in offensichtlich verfassungswidriger Weise Befugnisse der Verwaltung usurpiert wurden. Der Rechtsweg ist hier vollständig verschlossen, die Entlassenen sind nicht angehört worden und haben auch nicht die Möglichkeit, sich in einem Verfahren zu verteidigen. Selbst Freisprüche nützen ihnen nur in seltenen Fällen. In der Sache [Mercan vs. Türkei](#) hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass Antragsteller - hier war es eine junge Richterin - erst den Rechtsweg ausschöpfen müssen. Es ist eigentlich nachvollziehbar - aber welcher Rechtsweg? Nun ja, immerhin hat nun doch ein Regionalverwaltungsgericht einen Weg gefunden, den willkürlichen Irrsinn dieser Rechtsverordnungen verwaltungsrechtlich zu greifen. Ob das aber durch den Staatsrat aufrechterhalten wird, ist zweifelhaft. Und inzwischen ist ohnehin nach der Aufhebung des Notstandes durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen (z.B. Ausweitung der Kompetenzen der Präfekten bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Bestätigung der verfassungswidrigen Rechtsverordnungen durch Gesetz) der Notstand zum Normalzustand erklärt worden.

Auch die ständigen Verlängerungen des Notstandes waren eindeutig verfassungswidrig. Die Voraussetzungen lagen einfach nicht mehr vor - meiner Auffassung nach bereits seit Herbst 2016.

Und das Parlament? Es hat sich - unter der Ägide der AKP und später unter der „Koalition“ der AKP und MHP - selbst ausgeschaltet. Eine Gesetzgebungstätigkeit war während des Notstands kaum mehr zu verzeichnen. Sie bestand praktisch nur noch aus der Ratifizierung

völkerrechtlicher Verträge und der Akklamation zu den von Präsident und Regierung erlassenen Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft.

Immerhin, das Verfassungsgericht hat in einigen Entscheidungen bereits Haftbeschlüsse einiger Strafgerichte für verfassungswidrig erklärt - zum Teil verbunden mit scharfer Kritik an den angefochtenen willkürlichen Entscheidungen. Hoffnung?

Recep Tayyip Erdoğan - der Präsident

Wie sich jetzt nach den Neuwahlen zeigt, hat sich bestätigt, dass die Verfassungsänderung eine völlig neue Verfassungsordnung hergestellt hat, nämlich eine konstitutionelle Diktatur. Denn die Verfassung hat die Position des Präsidenten so strukturiert, dass seine Macht diejenige eines amerikanischen oder französischen Präsidenten übersteigt.

Unter einem Diktator stellen wir uns gemeinhin jemanden vor, der - auch wenn er auf demokratischem Wege an die Spitze des Staates gelangt ist - mit einem Notverordnungsrecht (Hindenburg 1933) oder ganz einfach mit militärischer und polizeilicher Gewalt die Staatsmacht in seiner Person bündelt. Diese vereinfachte Definition trifft auf Präsident Erdoğan zu. Er hat schon als Ministerpräsident geschickt das Militär entmachtet. Nach dem Putsch wurde nicht nur das Militär weiter gesäubert, es wurden auch gut 20% der Polizeibeamten aus dem Dienst entfernt.

Formal unterschreibt Präsident Erdoğan nur dort, wo es die Verfassung vorsieht. Seit der Wahl im Juni 2018 sind das seine „Präsidentialverordnungen“ - die parlamentarisch kontrollierten Rechtsverordnungen mit Gesetzeskraft entfallen genauso wie die Ministerratsbeschlüsse. Für das Referendum hatte er öffentlich und nachhaltig geworben wie ein Parteichef - was ihm als Präsident eigentlich verboten war. Auch die Neuwahl lief so, dass Rundfunk und Fernsehen sowie die weit überwiegende Presse ihm weitaus mehr Propagandaraum einräumten als der Opposition. Richterentlassungen kann kein Minister verfügen, dazu benötigt das System den (vormals: Hohen) Richter- und Staatsanwälterat, der wiederum überwiegend aus der Justiz rekrutiert wird, also geradezu ein Musterbeispiel dafür ist, wie die Unabhängigkeit der Justiz zu organisieren ist - während wir in Deutschland eine Unabhängigkeit der Justiz leben, die bei genauem Hinsehen unter der Aufsicht von Exekutive und Parlament steht. Verkehrte Welt - eine strukturell nicht ganz unabhängige Justiz in Deutschland, die aber an innerer und effektiver Unabhängigkeit kaum etwas zu wünschen übriglässt. Dagegen haben wir in der Türkei eine strukturell unabhängige Justiz, die aber zu vollziehen scheint, was der Präsident sich gerade wünscht. Gleiches gilt übrigens für den Hohen Wahlrat, der eigentlich aus unabhängigen Richtern besteht, aber seine Glaubwürdigkeit als neutrales Organ verloren hat.

Erdoğan hat seit seinem Wahlsieg ein Notverordnungsrecht, mit dem er (eine Regierung gibt es ja nicht mehr) das Parlament aushebeln kann. Faktisch nicht wirklich neu, denn längst hatte er die Vorsitzfunktionen in Ministerrat und Nationalem Sicherheitsrat genutzt, um seine Vorstellungen durchzusetzen. Bisher aber musste er seine Maßnahmen noch auf Regierung und AKP-Mehrheit im Parlament stützen. Jetzt stehen ihm seine „Präsidentialverordnungen“ zur Verfügung, gegen die nur der Verfassungsrechtsweg offensteht.

Dass das Parlament solche Verordnungen durch Gesetz beseitigt, ist angesichts der aktuellen Mehrheitsverhältnisse unwahrscheinlich - kann sich aber natürlich ändern.

Früher war es die Omnipräsenz des Präsidenten und die geradezu totale Abhängigkeit „seiner“ Leute in Regierung und Parlament, die ihn zu dem machen, als der er erscheint: als Mann, der alles entscheidet, in allen politischen Bereichen. Erdoğan diktiert, der Rest der Belegschaft spürt. Mit oder ohne Gesetz. Jetzt hat er sein Ziel erreicht, er wird jedes und alles irgendwie mit der Verfassung begründen können.

Ein wichtiges Signal ist auch die Anbindung des Geheimdienstes MIT an den Präsidenten der Republik (bisher: Anbindung an den parlamentarisch kontrollierten Ministerpräsidenten). Der begründet dies mit dem unzutreffenden Hinweis auf die USA und Frankreich. In den USA stimmt das teilweise, dort spricht aber der Senat mit. In Frankreich hat der Präsident nichts mit dem Geheimdienst zu tun, der wie in den USA in verschiedene Dienste aufgespalten ist. Der MIT ist sowohl für das Inland als auch für das Ausland zuständig, eine parlamentarische Kontrolle gibt es jetzt nicht mehr.

Der Vergleich der Situation mit Nazi-Deutschland ist, was die Kompetenzlage angeht, berechtigt. Allerdings nutzt Erdoğan seine Kompetenzen und Möglichkeiten nicht mit derselben Konsequenz. Die im Frühjahr 2019 abgehaltenen Kommunalwahlen, aus denen die CHP gestärkt hervorgegangen ist, zeigen, dass Erdoğan sich durchaus noch an demokratische Regeln halten kann, auch wenn ihm unterstellt wird, den Hohen Wahlrat manipuliert zu haben mit dem Ziel, die CHP in Istanbul aus dem Amt zu drängen. Gelungen ist es ihm nicht, die gesetzlichen Regeln haben sich weitgehend durchgesetzt. In anderen Zusammenhängen nutzt er seine Kompetenzen vor allem dort, wo es um Ernennungen geht. Und selbst der offensichtlich völkerrechtswidrige Einmarsch in Syrien scheint - aktuell (18.10.2019) - durch den Erfolg einer Vereinbarung mit den USA gerechtfertigt.

Europa: Reaktionen und Versagen

Es gilt auch in der aktuellen Situation, dass die Reaktionen aus Politik und Medien in Europa von Unverständnis und Unkenntnis geprägt sind, auch wenn die Kritik oft sachlich gerechtfertigt sein mag. Die aktuelle Stärke des türkischen Präsidenten resultiert auch aus der Schwäche und Naivität der europäischen Reaktionen auf die Vorgänge in der Türkei. Nimmt man den Syrien-Konflikt hinzu, haben die Europäer tatsächlich nur ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt, zu solchen Konflikten konstruktive Beiträge zu leisten und vor allem die Sicherheitsinteressen der Türkei angemessen zu berücksichtigen.

Worte wie „jetzt hat die Türkei endgültig die Kandidatur als EU-Mitglied verspielt“ sind genau so hohl und verlogen wie früher. Die Worte kommen von Leuten, welche die Türkei und das türkische Volk ohnehin noch nie ernst genommen und verschaukelt haben. Die Worte zeigen gleichzeitig die ganze Naivität europäischer Türkeipolitik. Während Staaten, deren Rechtsstaatlichkeit noch weit davon entfernt war, sich bewährt zu haben, reihenweise in die EU aufgenommen wurden, ließ man die Türkei, die insoweit beachtliche Leistungen vollbracht hatte und schon seit Atatürks Zeiten auf einem soliden und verlässlichen Pfad nach Europa unterwegs war, am ausgestreckten Arm verhungern. Der Aufstieg des Recep

Tayyip Erdoğan ist die kausale Folge hieraus. Für die meisten Türken symbolisiert er ein neues Selbstbewusstsein, eine neue Stärke ihres Landes. Die unverdrossenen Europäer haben es allenfalls auf 35% gebracht, wenn ich mal die İYİ Parti als proeuropäischen ehemaligen Flügel der MHP verstehen möchte. Und wenn jetzt die CHP durch die Wahlsiege in den Kommunalwahlen in Istanbul und Ankara wieder an Stärke gewonnen zu haben scheint, so bedeutet das zunächst einmal, dass die Kritik an Erdoğan und insbesondere an der korrupten AKP wieder gestiegen ist, nicht aber auch gleich eine Stärkung des Trendes pro Europa.

Präsident Erdoğan ist ein unbequemer Partner, der sowohl in der Türkei als auch außerhalb der Türkei deutlich macht, wie es um seinen Respekt vor dem Recht und der Justiz bestellt ist. Er gibt das Bild eines Populisten ab, wie wir sie heute vermehrt an die Spitze von Staaten kommen sehen. Dennoch sollte verstanden werden, dass die von Erdoğan ausgehenden Drohungen tiefgehende Wurzeln haben, die die Europäer zum Teil selbst gelegt haben. Die Aussetzung oder gar Beendigung der Beitrittsverhandlungen ist daher die falsche Entscheidung. Unsere Spitzenpolitiker verkennen nach wie vor, dass die Türkei mitten unter uns ist, mit ihren Millionen Volkstürken in Europa, als Teil eines europäischen bzw. transatlantischen Verteidigungssystems, als Mitglied in allen relevanten internationalen und europäischen Vertragswerken. Die Türkei ist nicht Russland - und schon da ist geradezu erwiesen, dass man mit Sanktionen und Säbelrasseln keinen Schritt weiterkommt. Nach der Wahl wurde das Europaministerium abgeschafft und als Abteilung dem Außenministerium unterstellt. Eine konsequente Entscheidung - denn wozu ein Europaministerium, wenn die Bemühungen der Türkei um eine glaubwürdige Europapolitik von der Türkeipolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten konterkariert wird? Auch deshalb müssen die letzten Kommunikationsebenen unbedingt erhalten bleiben.

Es gilt, den demokratischen Restbestand im neuen Verfassungsgefüge zu aktivieren, ohne dabei die typische mitteleuropäische Arroganz an den Tag zu legen, mit der versucht wird, andere mit unseren Einsichten in das beste System zwangszubeglücken. So ist die Ankündigung des Abbruchs aus der Sicht der Türken keine Drohung, sondern ganz einfach die Fortsetzung der herablassenden, manchmal geradezu beleidigenden Türkei-Politik der Mittel- und Westeuropäer - Mühen auf die Rhetorik des Staatspräsidenten Erdoğan und seiner Minister.

Die Wende können wir mit dem 1. Mai 2004 ansetzen, als die EU die Zyperngriechen als "Republik Zypern" im Rahmen der 1. Osterweiterung in die EU aufgenommen haben, obwohl der von der Türkei und Griechenland abgesegnete Friedensplan von Kofi Annan in einer Volksabstimmung der Zyperngriechen abgelehnt worden war - einfach, weil nicht bedacht worden war, dass die Zyperngriechen den Plan ablehnen könnten. Zypern, ein Staat mit unklarer Verfassungslage und umstrittener völkerrechtlicher Position (zu Zyperns Rechtslage siehe [hier](#)). EU-Politik auf dümmstem Niveau. Von diesem Schlag ins Gesicht haben sich die Türken bis heute nicht erholt. Die EU steht hier gegenüber der Türkei tief in der Schuld, die sie durch ihre unwürdigen Spielchen um die Aufhebung der Visapflicht noch vergrößert.

Die Europäer haben sich aufgrund einer in Jahrzehnten durchgehend verfehlten Türkeipolitik aus türkischer Sicht als Dummköpfe oder unzuverlässige Partner erpressbar gemacht. Die

Voraussetzungen für die Aufhebung der Visa-Pflicht seien noch nicht erfüllt? Das hört man regelmäßig wiederholt von höchsten Stellen aus Berlin, Brüssel oder Wildbad-Kreuth - aber welche Voraussetzungen sind hier angeblich nicht erfüllt? Das mag heute, am 18.10.2019, wieder stimmen. Auch wenn die respektable wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei nicht allein Verdienst einer erfolgreichen AKP ist, sondern unmittelbar mit einer erfolgreichen Umsetzung der Zollunion zusammenhängt, die die heutige Türkei Turgut Özal verdankt.

Umso wichtiger ist jetzt also, die Vorgänge in der Türkei richtig zu interpretieren. Wir dürfen berechtigte Zweifel am Demokratieverständnis von Erdoğan haben. Er vertritt eigentlich wenig an „Werten“, die in eine aufgeklärte, moderne Welt passen würden. Er folgt einem nicht nachvollziehbaren Geschichtsverständnis, sucht den Anschluss an den „Orient“, den er aber nicht findet. Seine Beschwörung osmanischer Herrlichkeit stößt nirgends im Ausland auf Verständnis, ganz im Gegenteil. Der arabische Raum - außer Qatar - bleibt auf Distanz, das Verhältnis zum Iran ist allenfalls pragmatisch. Die Anbiederung an Russland blieb im Wesentlichen ohne Erfolg.

Ausblick: Ohne Partnerschaft geht es nicht

Die Türkei muss und wird auch in Zukunft ein wichtiger Partner bleiben. Das ist mit der Anstrengung verbunden, sich mit einem neuen Verfassungssystem zu arrangieren, das nicht mehr den Kriterien des sozialen und demokratischen Rechtsstaats entspricht, wie er sich in Mitteleuropa entwickelt hat. Die geostrategische Lage kann man nicht einfach wegdiskutieren. Allerdings darf die Türkei nicht mehr selbst bestimmen können, wie wichtig sie ist. Die Türkei darf nicht an andere Machtkonstellationen abgegeben werden. Die EU muss sich dringend um die Verbesserung und Pragmatisierung ihrer Beziehungen zu Russland und den Nachbarstaaten zur Türkei, insbesondere dem Iran bemühen.

Wir Europäer haben allen Grund, weiterhin Vorsicht walten zu lassen. Wir tragen eine nicht zu überschätzende Mitverantwortung für die aktuelle Situation in der Türkei. Wir müssen nicht akzeptieren, was das Regime in seinem Land anstellt. Aber wir müssen das Problem verstehen lernen - die Gülen-Bewegung war nicht irgendein Verein oder irgendeine Sekte, sondern hatte sich geradezu zu einem Monster innerhalb des Staatsapparates und der Wirtschaft entwickelt, das wie andere Seilschaften auch vor allem die eigenen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen verfolgte und begonnen hatte, den Staat gegen die eigene Regierung von innen heraus zu beherrschen.

Und was die Kommunikation angeht, müssen wir Europäer genauso aufpassen wie Präsident Erdoğan - und uns davor hüten, unsere notorischen Fehler mit geradezu penetranter Kontinuität zu wiederholen. Wir müssen endlich lernen, Türkei-Politik zu betreiben, uns dabei nicht von der Rhetorik des türkischen Präsidenten anstecken oder verunsichern lassen. Die stetig wiederholten Forderungen nach Wiederherstellung der Pressefreiheit, so berechtigt sie sein mögen, und die Verknüpfung alles Weiteren allein hiermit, führen nicht weiter, zumal alle wissen, dass im Falle der Wiederherstellung der Pressefreiheit wieder nichts passieren, die Türkei keinen Schritt weiter auf dem Weg in die Mitgliedschaft kommen wird. Vor den Gezi-Protesten war noch alles im Lot, die Türkei eigentlich bereits bereit zur Aufnahme. Gezi hätte für die Europäer ein Fanal für die Aufnahme werden müssen. Die EU-

Bürokratie in Brüssel schwieg, die europäische Presse pries Gezi, das beim besten Beobachterwillen keine Volksbewegung war, als Freiheitsbewegung. Und in Brüssel tat man alles, um die Beitrittsverhandlungen nur nicht zu beschleunigen. Die Versäumnisse und Fehler der letzten fünfzig Jahre haben dazu geführt, dass dies jetzt schwieriger ist denn je. Es kann sogar bedeuten, dass wir eine Abwägung zwischen dem Wunsch nach Frieden einerseits und dem Erhalt unserer Werte überall und um jeden Preis andererseits vornehmen müssen.

Derweil übersteht Präsident Erdoğan geschickt die aktuellen Krisen. Wir haben es ihm leicht gemacht, die Schuldigen anderswo zu suchen und sich weiterhin die erforderliche Unterstützung im eigenen Volk zu finden.

Wir werfen Erdoğan Geschichtsklitterung vor - aber haben wir Europäer denn unsere Lektionen aus der türkisch-europäischen Geschichte gelernt?

Links und Hinweise

[Wikipedia zum Putsch v. 15.7.2016](#)

Dr. Günther Seufert, SWP, in Le Monde Diplomatique: [Anatomie des Putsches](#).

Verfassung synoptisch mit Text der Verfassungsänderungen: http://www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung_synoptisch.pdf

[Wikipedia zur Gülen-Bewegung](#) (ausgewogen und informativ)

Burak Çopur: [Die Türkei im Jahr 2017/2018 - Zwischen Niedergang und Hoffnung](#)

[Süddeutsche zur Wahl 2018](#)

Christian Rumpf: [Die Verfassung der Türkei \(Hanns-Seidel-Stiftung 2007\)](#)

Christian Rumpf: [Verfassungsentwicklungen 1807-2017](#), Bundeszentrale für politische Bildung.

[Venedigkommission des Europarats zur Verfassungsreform 2017](#)

Rumpf (1987): [Laizismus und Religionsfreiheit](#) (Bestandsaufnahme zur Lage des Laizismus und dem Einfluss islamischer Bewegungen in der Türkei, Stand 1987)